



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen bis 1970

Wissenschaftsrat

Tübingen, 1967

C. Entwicklung nach 1970

urn:nbn:de:hbz:466:1-8430

C.

Entwicklung nach 1970

Die vorliegenden Empfehlungen sollen einmal dazu beitragen, die zur Zeit bestehenden Schwierigkeiten an den Hochschulen zu beheben, zum anderen den Hochschulen helfen, sich auf die weitreichenden Wandlungen vorzubereiten, die sich heute bereits abzeichnen und erst recht in den Jahren nach 1970 zu erwarten sind. In welchem Umfang und mit welcher Schnelligkeit gegebene Bedingungen sich ändern können, zeigt die Erfahrung der letzten Jahre. Um so mehr kommt es darauf an, künftige Aufgaben und Probleme möglichst frühzeitig zu erkennen und in die Überlegungen einzubeziehen.

Auf einige der Probleme, die in dieser Sicht als besonders wichtig erscheinen, soll im folgenden kurz hingewiesen werden. Lösungen für diese Probleme lassen sich heute noch nicht vorschlagen; sie müssen in den nächsten Jahren erarbeitet werden. Hier gilt es zunächst, einige voraussehbare Fragestellungen zu skizzieren.

Im Bereich der Ausbildung werden vor allem die Probleme von besonderem Gewicht sein, die sich aus der Konfrontation der Zahl der Studienbewerber mit der Ausbildungskapazität der Hochschulen ergeben.

Dank der bildungspolitischen Maßnahmen der letzten Jahre ist es gelungen, den Besuch von Gymnasien und entsprechenden Anstalten so zu steigern, daß künftig die Zahlen der Abiturienten sehr viel höher sein werden als bisher. Der Besuch von Realschulen nimmt ebenfalls stark zu. In der Bundesrepublik zeigen sich damit verheißungsvolle Ansätze, den Bildungsstand der gesamten Bevölkerung anzuheben und damit für einen modernen Industriestaat unentbehrliche Voraussetzungen zu schaffen.

Zugleich muß gesehen werden, daß die Ausbildungskapazität und damit das Aufnahmevermögen der wissenschaftlichen Hochschulen begrenzt ist und sich nur schrittweise und nur in beschränktem Maße erweitern läßt. Dies hat zur Folge, daß die Zahl der Abiturienten, die an den wissenschaftlichen Hoch-

schulen Platz finden, nur entsprechend dem Ausbau der Hochschulen steigen kann.

Auf verschiedene Gesichtspunkte des Ausbaus, wie die Nachfrage nach Studienplätzen, den Bedarf an wissenschaftlich ausgebildetem Personal, die Erhaltung der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit der Hochschulen in Forschung und Lehre, wurde bereits eingegangen. Ihnen wird in Zukunft vermehrte Aufmerksamkeit gelten müssen. Sie sollten Gegenstand eigener Untersuchungen und ständiger, soweit möglich ins einzelne gehender Beobachtung werden. Das gilt besonders für den Bedarf an wissenschaftlich ausgebildetem Personal in den überwiegend von gesellschaftspolitischen Entscheidungen abhängigen Bereichen, wie dem Schulwesen, dem Gesundheitswesen usw.

Darüber hinaus hat in diesem Zusammenhang die bereits kurz erwähnte Frage nach der Funktion des Abiturs (vgl. S. 109 f.) ein besonderes Gewicht, nicht zuletzt deshalb, weil nur allzu oft von der Vorstellung einer mehr oder weniger naturnotwendigen Koppelung zwischen Abitur und Hochschulstudium ausgegangen wird. Dies geht so weit, daß mitunter sogar die Zahl der Abiturienten mit der der Studienanfänger identifiziert wird. Die Tatsache, daß das Abitur zum Studium berechtigt, aber nicht zum Studium führen muß, wird vielfach übersehen.

Die Aufgabenstellung des Abiturs im Bewußtsein der Öffentlichkeit zu verdeutlichen, ist nötig und bildet einen wesentlichen Ansatzpunkt für den Prozeß des Umdenkens, der sich in den kommenden Jahren auf weite Bereiche des Bildungswesens erstrecken müssen. Die Tatsache, daß mit der großen und ständig wachsenden Zahl an Abiturienten eine außerordentliche kulturpolitische Leistung vollbracht worden ist, hat vielfach noch nicht Eingang in das Denken unserer Zeit gefunden. Das Anwachsen der Abiturientenzahl ist nicht das „Ergebnis verfehlter Kulturpolitik“, sondern ein Zeichen dafür, welche Möglichkeiten vorhanden waren und nunmehr genützt worden sind, um einem ständig steigenden Anteil der Bevölkerung ein höheres Bildungsniveau zu vermitteln und ihn hierdurch besser für das Leben auszurüsten.

In seiner derzeitigen Funktion eröffnet das Abitur drei unterschiedliche Wege: Es vermittelt mit der Anerkennung der Hochschulreife die Berechtigung zum Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule; es gewährt weiterhin den Zugang zu einer ganzen Reihe sonstiger Ausbildungsgänge, die sich

nicht an wissenschaftlichen Hochschulen vollziehen; und es führt drittens zum direkten Eintritt in das Berufsleben der verschiedensten Sparten.

Die Frage, ob das Abitur auch in Zukunft die Anerkennung der Hochschulreife einschließen soll, ist umstritten. Den Kern der Problematik bildet die Auswahl der Kriterien, auf Grund derer eine Zulassung zum Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule erfolgen soll, wenn deren Ausbildungskapazität nicht zur Aufnahme aller Studienbewerber ausreicht. Die Notwendigkeit, allgemeinverbindliche Kriterien zu entwickeln, ist unbestritten. Die Vielfalt und Verschiedenartigkeit der Faktoren, die berücksichtigt werden müssen, fordert jedoch noch weitere intensive Überlegungen, damit eine möglichst sinnvolle Auswahl unter den Studienbewerbern getroffen werden kann.

Die Tatsache, daß das Abitur auch den Zugang zu einer großen Zahl von weiteren Ausbildungsgängen eröffnet, die nicht an wissenschaftlichen Hochschulen durchgeführt werden, ist in der auf die Funktion des Abiturs als Hochschulreife eingengten Diskussion weitgehend in den Hintergrund getreten. Solche Ausbildungsgänge gibt es sowohl in der Wirtschaft als auch in der Verwaltung, in der Justiz, im Bibliothekswesen, in der Sozialarbeit und in vielen anderen Gebieten.

Um die jeweiligen Berufschancen deutlich zu machen, werden regelmäßige Untersuchungen über den Bedarf an Nachwuchskräften in allen Berufen, für die das Abitur die Grundlage bildet, notwendig sein. Die Information der Abiturienten über die für sie geeigneten Berufe und über die verschiedenen weiterführenden Ausbildungsmöglichkeiten erfordert eine gründliche Berufsberatung, aber nicht allein für die Jugendlichen, sondern auch für ihre Erzieher, damit beide Teile rechtzeitig, d. h. schon während der Schulzeit des künftigen Abiturienten, über dessen Fähigkeiten und Neigungen sowie über die gegebenen Möglichkeiten ein klares Bild gewinnen. Nur mit Hilfe derartiger Maßnahmen kann sich die Einsicht durchsetzen, daß das Abitur den Abschluß eines Ausbildungsabschnittes darstellt, der die allgemeine Grundlage für verschiedene Berufe und für verschiedene Ausbildungswege vermittelt.

Bei der Planung des Ausbaus der wissenschaftlichen Hochschulen hat sich immer nachdrücklicher die Notwendigkeit gezeigt, die Zahl der Abiturienten in Betracht zu ziehen. Von den Abiturientenzahlen aus führen die Überlegungen zwangsläufig auch zu den weiterführenden Ausbildungsmöglichkeiten außerhalb der wissenschaftlichen Hochschulen. Damit wird der enge Zu-

sammenhang deutlich, in dem die verschiedenen Ausbildungsstätten zueinander stehen, zugleich aber auch die Notwendigkeit, die einzelnen Institutionen und ihre Aufgaben nicht isoliert, sondern in diesem Zusammenhang zu sehen.

Für die weitere Entwicklung wird es von ausschlaggebender Bedeutung sein, daß die bildungspolitischen Überlegungen und Entscheidungen sich an diesem Zusammenhang orientieren. Die Bemühungen dürfen sich dabei nicht im Organisatorischen erschöpfen. Wichtig ist vielmehr, daß die Aufgaben der verschiedenen Einrichtungen klar herausgearbeitet werden. Hierzu wird es nötig sein, einerseits langfristige Zielvorstellungen, andererseits kurz- und mittelfristige Vorschläge zu ihrer Verwirklichung zu entwickeln.

In die Erörterung der Struktur des Bildungswesens in seiner horizontalen und vertikalen Gliederung sollten dabei neben anderen Reformvorstellungen auch die Vorschläge einbezogen werden, die sich für die Einrichtung einer College-Stufe aussprechen, in der Gymnasial- und Hochschullehrer zusammenwirken.

Weiterhin sollte eingehend geprüft werden, welche Ausbildung vom Beruf her erforderlich ist. In manchen Sektoren, in denen heute noch ein wissenschaftliches Studium verlangt wird, dürfte eine Ausbildung an einer Einrichtung, die mehr auf die praktischen Berufserfordernisse ausgerichtet ist, vollauf genügen, wenn nicht gar ihnen besser entsprechen. Eine solche Überprüfung ist um so wichtiger, als eine beliebige Ausweitung der wissenschaftlichen Hochschulen nicht nur unter den hier schon erörterten, sondern auch unter ökonomischen Gesichtspunkten unmöglich ist.

Für die Zeit bis 1970 wird die Gründung neuer Hochschulen nicht vorgesehen. Im Blick auf die Zeit nach 1970 wird diese Frage jedoch erneut untersucht werden müssen. Bedarfs- und Standortüberlegungen werden dabei eine Rolle spielen, es wird aber auch die schwierige Frage der maximalen und optimalen Größe einer Hochschule zu prüfen sein. Das gilt auch hinsichtlich der Erweiterungsmöglichkeiten für die schon bestehenden Hochschulen. Für die Funktionsfähigkeit der Hochschulen und ihrer Organe hat diese Frage großes Gewicht. Hiermit hängen die Fragen der innerbetrieblichen Organisation des Unterrichts eng zusammen. Die Methodik des wissenschaftlichen Unterrichts gehört ebenfalls in diesen Zusammenhang; sie bedarf sorgfältiger Untersuchungen. Außerdem wird mehr als bisher abzu-

wägen sein, welche Wissenszweige an allen und welche überhaupt noch an wissenschaftlichen Hochschulen gepflegt werden müssen und können.

In der gegenwärtigen Situation gilt es, auch denjenigen die Chance zu einem wissenschaftlichen Studium zu geben, die aus äußeren Gründen nicht die Möglichkeit haben, an einer wissenschaftlichen Hochschule zu studieren. Das Hochschul-Fernstudium steht — trotz einer Starthilfe durch die Stiftung Volkswagenwerk — noch ganz am Anfang seiner Entwicklung. Die Förderung entsprechender Bestrebungen wird, auch im Hinblick auf die räumlichen und personellen Schwierigkeiten der Hochschulen, zunehmende Bedeutung gewinnen.

Der Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen muß sich ständig an der gegenwärtigen und an der voraussehbaren künftigen Entwicklung der Wissenschaften orientieren. Damit stellt sich die Frage, ob Struktur und Organisation der Hochschulen in ihrer gegenwärtigen Form geeignet sind, auch in Zukunft den Anforderungen der Forschung Rechnung zu tragen, und welche Aufgaben sich den Hochschulen im Bereich der Forschung stellen werden. Diese Fragen müssen ständig erörtert werden, gerade weil sie sich niemals — auch nur für einen kleinen Zeitraum — abschließend beantworten lassen.

Die Erfahrungen auf dem Gebiet der Atomforschung haben gezeigt, daß einzelne Entdeckungen innerhalb von 10 bis 20 Jahren nicht nur einen ganzen Wissenszweig zu revolutionieren vermögen, sondern auch tiefgreifende Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur sowie die Weltpolitik haben können. In dieser Entwicklung wurde besonders deutlich, daß junge Wissenschaftler so früh wie möglich an der Forschung teilhaben müssen. Die Hochschulen werden sich mehr und mehr darauf einzustellen haben, daß ein Wissenschaftler sein Studium niemals „abschließt“. Die Vermehrung des Wissensstoffs darf nicht zur Verlängerung des Studiums führen; sie erfordert neue Wege der Organisation, vor allem auch die in den Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums vorgeschlagene und in ihrer Notwendigkeit begründete Einrichtung des Kontaktstudiums. Hierdurch wird nicht nur der Wissensstand der Praktiker laufend den neuesten Resultaten der Forschung angeglichen, sondern auch allgemein eine geistige Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der Forschung gefördert.

Die Frage, wo künftig Schwerpunkte der Forschung liegen werden, soll hier nicht näher erörtert werden, auch wenn sich heute bereits einige Ansätze zu neuen revolutionären Entwick-

lungen vor allem in den biologischen Disziplinen erkennen lassen. Wenn die Forschung in der Bundesrepublik nicht auf einzelne Fachgebiete eingeschränkt, sondern allgemein so leistungsfähig sein soll, daß sie das internationale Spitzenniveau erreichen kann, dann wird die Notwendigkeit deutlich, die vorhandenen Kräfte und Mittel zu konzentrieren. Aus der Sicht der Forschung wird die Gefahr einer Verzettelung vorhandener Möglichkeiten, die schließlich die Durchführung großer Forschungsprojekte nicht mehr zuläßt, besonders beachtet werden müssen. Auf diese Entwicklung gehen bereits die vorliegenden Empfehlungen mit dem Vorschlag ein, Sonderforschungsbereiche zu schaffen. Die internationale Zusammenarbeit und die Einrichtung supranationaler Forschungsstätten dürften künftig zunehmend erforderlich werden.

Es liegt auf der Hand, daß die künftigen Aufgaben Kosten verursachen werden, die über die gegenwärtigen voraussichtlich erheblich hinausgehen werden. Die Frage nach der zu erwartenden Höhe der für Forschung und Lehre erforderlichen Mittel kann hier nicht behandelt werden. Für die weitere Entwicklung der Bundesrepublik wird es jedoch von entscheidender Bedeutung sein, ob diese notwendigen Mittel im Staatshaushalt zur Verfügung gestellt werden.

Es ist erkennbar, daß einige Länder den Bedürfnissen ihrer Hochschulen nicht mehr in vollem Umfang werden Rechnung tragen können. Wenn diese Entwicklung sich fortsetzt, werden sich erhebliche Ausstattungs- und Leistungsunterschiede zwischen den wissenschaftlichen Hochschulen der einzelnen Länder herausbilden. Auf die Gefahr einer solchen Entwicklung wird besonders hingewiesen. Schon jetzt sind Erwägungen anzustellen, wie im Rahmen einer Neuordnung des Finanzausgleichs dieser Gefahr entgegengewirkt werden kann.

Die Aufgaben, um die es künftig geht, können nur in intensiver Zusammenarbeit zwischen allen Institutionen, die Verantwortung für die Wissenschaft tragen, gelöst werden. Dieses Ziel wird aber nur erreicht werden, wenn zugleich die Repräsentanten der Öffentlichkeit in Regierungen und Parlamenten mithelfen, den notwendigen Wandlungen den Weg zu bahnen.